

Offshore-Windenergie

**Zuverlässig.
Nachhaltig.
Günstig.**



**Bundesverband der Windparkbetreiber
Offshore e.V. (BWO)
Schiffbauerdamm 19
10117 Berlin**

**Tel.: 030 28 44 46 50
info@bwo-offshorewind.de
@bwo_news
www.bwo-offshorewind.de**



WindSeeG - Entwurf der Bundesregierung

BWO: Wir brauchen Flügel, keinen Ballast

Mit dem aktuellen Gesetzentwurf zur Änderung des Windenergie-auf-See Gesetzes (WindSeeG) sollen die im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziele - von 30 Gigawatt (GW) Offshore-Windenergie bis 2030, 40 GW bis 2035 und 70 GW bis 2045 - rechtlich umgesetzt und die dafür notwendige Dynamisierung des Offshore-Ausbaus auf den Weg gebracht werden. Dieser Wille ist in vielen Punkten klar erkennbar. So ist aus unserer Sicht die Fixierung der neuen Ausbauziele positiv hervorzuheben. Auch die vorgesehenen Maßnahmen zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsprozessen und die Einstufung der Windenergieanlagen auf See und der zugehörigen Offshore-Anbindungsleitungen als „im überragenden öffentlichen Interesse“ gehören dazu.

Aus Sicht der Branche ist das im Referentenentwurf (RefE) vorgeschlagene Ausschreibungsdesign für das Segment der nicht zentral voruntersuchten Flächen jedoch nicht geeignet und im Hinblick auf die Zielerreichung sogar schädlich.



Hier drückt der Schuh

1.) Ausschreibungssegment der nicht zentral voruntersuchten Flächen

Die schon in der vergangenen Legislaturperiode diskutierte Gebotskomponente erhöht die Strompreise gleich zweimal: Zum einen muss die Gebotskomponente zusätzlich zu den Investitionskosten für den Offshore-Windpark über den Strompreis zurückverdient werden. Darüber hinaus erhöht die Gebotskomponente die Investitionsrisiken und die Kapitalkosten für die Finanzierung von Offshore-Windparks (OWP). Dies treibt den Strompreis zusätzlich unnötig nach oben. Die vorgesehene Entlastung bei der Offshore-Haftungsumlage kommt bei der Wirtschaft nicht an. Dies führt zu einer Erhöhung der ohnehin schon hohen Energiekosten und zu einer weiteren Schwächung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie.



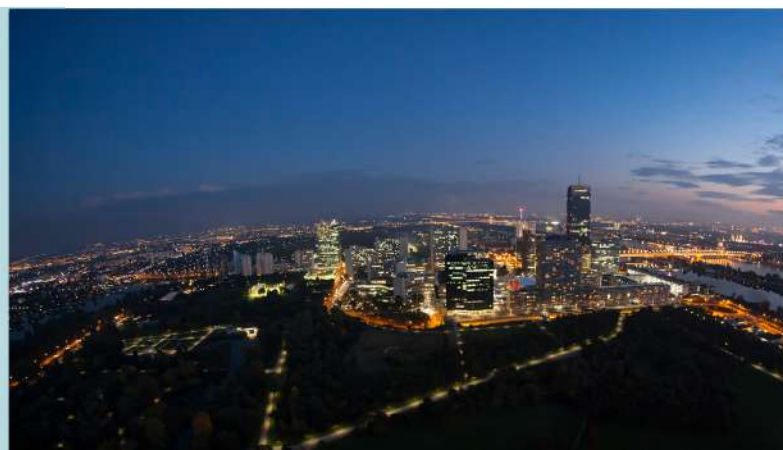
Die vorgeschlagenen qualitativen/quantitativen Kriterien eignen sich nicht zur Differenzierung der Gebote. Darunter leidet die Rechtssicherheit der Ausschreibung, was die Zielerreichung gefährdet. Rechtsunsicherheiten und Investitionsrisiken werten den Investitionsstandort gegenüber anderen EU- und internationalen Märkten ab.



Hinzu kommt: Die bereits in der vergangenen Legislatur diskutierte Gebotskomponente entzieht dem System Geld, das dringend für die Erhöhung der Versorgungssicherheit, Diversifizierung von Versorgungsrisiken und für die Systemintegration gebraucht wird.

Eine der größten Herausforderungen wird darin bestehen, die erzeugten Strommengen durch die Übertragungsnetze zu den Verbrauchszentren zu transportieren. Kann der Netzausbau an Land nicht mit dem Ausbau der Windenergie auf See Schritt halten, ist mit häufigen Redispatch-Maßnahmen in der aktuellen Netzsituation zu rechnen. Dies steht einer effizienten Nutzung der bereitgestellten Energie aus den Offshore-Windenergieanlagen entgegen und führt zu erhöhten Stromkosten für alle Verbraucher.

Der BWO empfiehlt daher, die Streichung bzw. Deckelung der Gebotskomponente (z.B. auf 50 Mio. Euro / GW) und die Bereitstellung von Speicherkapazität, den gezielten Einsatz von Power-to-X (Wasserstoff, Wärme, etc.) und/oder gesicherte Leistung und/ oder flexible Last in räumlicher Nähe zum Netzverknüpfungspunkt als Zuschlagskriterium.



2.) Projektrealisierung absichern

Die Corona-Pandemie und der Überfall Russlands auf die Ukraine haben tiefe Spuren in den Lieferketten hinterlassen. Rohstoffpreise auf der ganzen Welt steigen rasant. Letztere haben einen signifikanten Einfluss auf die Kosten für zentrale Bauteile für Offshore-Windparks. Zwischen Zuschlagserteilung und Investitionsentscheidung liegt ein langer Zeitraum. Kommt es in dieser Zeit zu einer maßgeblichen Verteuerung der benötigten Komponenten, so können die Akteure im CfD dies nicht durch höhere Markterlöse ausgleichen. Es entsteht das Risiko eines „stranded Investments“, die Realisierungswahrscheinlichkeit kann also abnehmen. Aus diesem Grund sind Indexierungen bei CfDs im Ausland (z. B. Frankreich, Großbritannien) gängige Praxis. Eine Indexierung des anzulegenden Werts (zum Beispiel bei einer kumulierten Inflation über dem EZB-Ziel von zwei Prozent / Jahr) kann dieses Risiko reduzieren. Daher sollten Schwankungen an den Rohstoffmärkten für Stahl und Kupfer zwischen Zuschlag und Netzanbindungstermin indexiert ausgeglichen werden. Insbesondere vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen, würde eine solche Indexierung die Realisierungswahrscheinlichkeit signifikant erhöhen.

3.) Pönalen mit Augenmaß

Die Einhaltung von Realisierungsfristen liegt nicht immer in der Hand des Projektierers. Globale Lieferketten - wie bei der Offshore-Windenergie - reagieren empfindlich auf die oben genannten Krisen. Die aktuelle Rechtsfolge einer Fristverletzung ist verschuldensunabhängig: Die BNetzA muss den Zuschlag entziehen (§ 60 Abs. 3 WindSeeG). Zusätzlich muss der Projektierer Pönalen in Höhe der hinterlegten Sicherheit zahlen. Vollkommen unklar ist, was in so einem Fall mit dem nahezu fertig gestellten Windpark passieren soll.

Man muss kein Wirtschaftsexperte sein, um zu verstehen dass dieses enorme Risiko künftige Investitionsentscheidungen maßgeblich beeinflussen wird. Letztere können in Zukunft nur unter erheblichen Risikoaufschlägen getroffen werden, die im Rahmen der Marktmechanismen an den Stromverbraucher weitergereicht werden. Der BWO empfiehlt, dass der Mechanismus des unmittelbaren Zuschlagsentzugs bei der Nichteinhaltung der Meilenstein-Fristen abgeschafft und durch eine verschuldensabhängige und angemessene Regelung abgelöst wird.



4.) Monopole verhindern

Der aktuelle Gesetzentwurf enthält keine Regelung zur Begrenzung der bezuschlagbaren Kapazität für einzelne Bieter. Dies sollte aus Sicht des BWO nachgeholt werden, um Akteursvielfalt zu erhalten und marktbeherrschende Positionen zu vermeiden. Eine solche Begrenzung kann auch die Entstehung von Klumpenrisiken und das damit verbundene Risiko der Zielverfehlung reduzieren. In den USA und Taiwan sind solche Limitierungen eingeführt worden. In Japan dagegen zeigen die Ergebnisse der ersten Auktion im Dezember 2021, dass ohne eine Limitierung schnell eine monopolistische Marktsituation herbeigeführt werden kann.

Empfehlung:



Maximal 2 GW oder maximal 50 Prozent dürfen pro Ausschreibungsrunde auf einen einzelnen Bieter entfallen.

Offshore-Windenergie tragende Säule der Energiewende

Die Windenergie auf See ist schon heute eine tragende Säule der Energiewende. Sie steht für

- **Nachhaltigkeit**
- **stetige Energieproduktion**
- **Geringe Kosten**
- **Hohe Akzeptanz.**

Jedes neue Windrad schafft Arbeitsplätze und stärkt insbesondere strukturschwache Küstenregionen an der Nord- und Ostsee. In den nächsten Jahren kommen Investitionen in Höhe von etwa 150 Mrd. Euro auf die Offshore-Branche zu. Der Ausbau der Windenergie auf See ist also nicht nur gut für unser Klima, sondern kann auch noch zum Konjunkturbooster werden.

Offshore-Windenergie in Deutschland



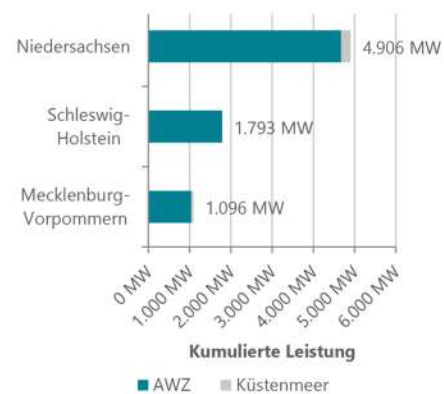
1.501 Offshore-Windenergieanlagen installiert



7,8 Gigawatt Gesamtleistung



24 TWh Offshore-Windenergieerzeugung in 2021
-> Strom für 10 Mio. Haushalte



Verteilung der kumulierten Leistung der OWEA mit Einspeisung auf Bundesländer und Seegebiete

Ausbauziele der Bundesregierung

